

V0758/25

**Dringlichkeitsantrag 9: Maßnahmen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzen in Ingolstadt - Sitzungsgeld**  
**-Dringlichkeitsantrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 27.10.2025-**

**Antrag:**

das oben genannte Anliegen ist dem gesamten Stadtrat seit längerer Zeit bewusst.  
Konkrete Entscheidungen sind diesbezüglich jedoch Mangelware.

Dringliche Entscheidungen sind notwendig.

Unser Grundsatz lautet: Ausgabenkürzungen vor Steuererhöhungen!

**Der Stadtrat wolle beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird ersucht, im Rahmen des noch Vertretbaren die Zahl der Sitzungen und sonstigen Zusammentreffen (mit Sitzungsgeld) zu minimieren. Er wird ebenso ersucht, bei den mit der Stadt verbundenen Gesellschaften in gleicher Weise darauf hinzuwirken.

Bei regulären Sitzungen mit einer Dauer von unter 1 Stunde wird das so genannte Sitzungsgeld um 50 % reduziert.

Die Höhe der Vergütungen für Hausfrauen, Selbstständige u.a. ist mit dem Ziel einer Reduzierung zu überprüfen.

Ab sofort wird für 24 Monate auf eine inflationsbereinigte Anpassung (nach TVöD) der Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen für den Stadtrat verzichtet.

Weitergehende Vorschläge vom Oberbürgermeister beziehungsweise aus der Verwaltung werden gerne entgegengenommen.

Stadtrat	30.10.2025	Bekanntgabe
----------	------------	-------------

**Stadtrat vom 30.10.2025**

Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt.

Eine Behandlung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

(Diskussion hierzu siehe „Änderungen zur Tagesordnung“)